

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
per E-Mail: recht-post@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von
R SNE G 01/25

Unser Zeichen

DW

Datum
12.05.2025

Stellungnahme des Fachverbandes Gas Wärme (FGW) zur Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 (GSNE-VO 2013) – 2. Novelle 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum Begutachtungsentwurf zur Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 (GSNE-VO 2013) – 2. Novelle 2025 Stellung zu nehmen.

Der Begutachtungsentwurf vom 30. April 2025 wurde im Vergleich zur Erstversion vom 17. April 2025 substanziell überarbeitet und enthält tiefgreifende Änderungen hinsichtlich der Fernleitungsnetztarife für das Jahr 2026. Diese umfassen erhebliche Erhöhungen der Entgelte an Ein- und Ausspeisepunkten sowie bei der Tarifierung von Speicheranlagen im Fernleitungsnetz.

Unzureichende Begutachtungsfrist:

Die derzeitige Frist zur Abgabe einer Stellungnahme (bis Montag, 12. Mai 2025) beträgt **lediglich sieben Werktage**. Für eine sachgerechte und fundierte Bewertung der umfangreichen Änderungen sowie der Auswirkungen der massiven Kostensteigerungen auf die einzelnen Marktteilnehmer ist diese Frist unzureichend. Die sonst übliche Konsultationsdauer von drei Wochen sollte in diesem Fall zwingend eingehalten werden. Der Fachverband ersucht daher um eine **Fristverlängerung bis 30. Mai 2025**.

Unverhältnismäßige Erhöhung der Tarife ins Verteilernetzgebiet:

Aus der Beilage 1 („Kosten- und Mengengerüst 2026“) geht hervor, dass sich die Gesamtkosten der Fernleitungsnetzbetreiber (GCA und TAG) im Vergleich zu 2025 um ca. +1 % erhöhen, während die kontrahierten Kapazitäten an den Entry-/Exit-Punkten des Verteilernetzgebiets stabil bleiben.

Demgegenüber steht eine Tarifierhöhung um rund +66 % für die Ausspeisung ins Verteilernetzgebiet (§ 3 Abs. 3 Z 9 GSNE-VO). Diese Erhöhung steht in keinem nachvollziehbaren Verhältnis zu den zugrunde liegenden Kostenentwicklungen. Eine **detaillierte Begründung dieser Entgeltsteigerung wird daher dringend gefordert**.

Zudem könnte diese Maßnahme zu nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Nettozahlungen der Verteilernetzbetreiber an die AGGM AG (§ 14 Abs. 7 Z 1 GSNE-VO) und zu weiter steigenden Systemnutzungskosten für Endverbraucher im Verteilernetz führen – ein Umstand, der aus Sicht des Fachverbandes kritisch zu hinterfragen ist.

Speichertarife:

Ebenso werden im Vergleich zum ersten Entwurf die **Speichertarife an den Fernleitungen** sowie die **grenzüberschreitende Speichernutzung massiv erhöht**. Die nunmehr vorgesehene **differenzierte Tarifierung der Speichereinrichtungen** im Fernleitungsnetz – im Gegensatz zur einheitlichen Tarifierung im Verteilernetz – stellt einen **Systembruch** dar. Um Wettbewerbsverzerrungen zwischen Speicherstandorten zu vermeiden, sollte auch im Fernleitungsnetz ein **einheitlicher Speichertarif** vorgesehen werden.

Trennung von Hausanschlüssen (§ 18 Abs. 1 Z 2 lit. c–e):

Der FGW begrüßt die vorgesehene **Differenzierung der Pauschalentgelte** je nach Art der Trennung (z. B. befestigter/unbefestigter Untergrund, Zählerkasten). Allerdings bestehen wesentliche **Bedenken hinsichtlich der Kostendeckung**. Die Tarife wurden im vorliegenden Entwurf zwar erhöht, entsprechen jedoch nicht der Realität der tatsächlich anfallenden Kosten.

Kritikpunkte:

- **Die technischen Anforderungen gemäß ÖVGW-Richtlinie G B111** erfordern in der Regel eine Trennung der Hausanschlüsse unmittelbar an der Verteilerleitung, was erhebliche Grabungs- und Rohrbauarbeiten im öffentlichen Raum nach sich zieht.

- Die nunmehr vorgesehenen **Pauschalentgelte von 700 € bzw. 1.500 €** (unbefestigten bzw. befestigten Untergrund) decken diese **realen durchschnittlichen Kosten** bei Weitem nicht ab.

Forderungen:

1. **Verankerung der ÖVGW-Richtlinie G B111** als technische Grundlage in der Verordnung.
2. **Klarstellung**, dass die Pauschaltarife zur Trennung von Hausanschlüssen nicht den tatsächlich anfallenden Kosten entsprechen und nur die **vom Kunden zu tragenden Leistungen** abdecken.
3. **Regulatorische Anerkennung** darüberhinausgehender tatsächlicher Stilllegungskosten, sofern diese sachlich und belegbar sind.

Hinsichtlich der Anpassungen laut §18 Abs 1 Z1-4 GSNE-VO bei **Entgelten für Mahnungen, Ablesungen etc.** schlagen wir aus kommunikations- und abwicklungstechnischen Gründen eine mit dem **Strombereich harmonisierte Vorgehensweise** vor. Dies auch, um gegenüber Endverbrauchern erklärbbare Entgelte für Strom und Gas sicherzustellen.

Abschließend ersuchen wir den Inhalt der VO-Novelle, soweit dieser **neue Tarifkomponenten (z.B. §18 Abs1 Z2 e GSNE-VO) betrifft, erst zum 01.01.2026 in Kraft treten zu lassen**. Die unterjährige Installierung neuer, zusätzlicher Tarifkomponenten ist schwer umsetzbar.

Wir ersuchen die E-Control, diese Punkte im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und auf eine insgesamt faire Kostenverteilung zwischen inländischer Gastransporte und Transit und Speicher zu achten!

Freundliche Grüße,

